Kornelia Kończal

DEUTSCHES EIGENTUM UND DER WIEDERAUFBAU OSTMITTELEUROPAS NACH 1945:

Der Fall der Tschechoslowakei

In meinem Aufsatz „German Property and the Reconstruction of East Central Europe after 1945: Politics, Practices and Pitfalls of Confiscation", der 2021 in der Zeitschrift „European Review of History" erschienen ist, habe ich einen der größten Vermögenstransfers in der modernen europäischen Geschichte untersucht: die Konfiskation des Eigentums von bis zu zwölf Millionen Deutschen, die am Ende des Zweiten Weltkriegs und in der unmittelbaren Nachkriegszeit im östlichen Europa durchgeführt wurde.

Eigentlich ist dieser Aufsatz nur ein Nebenprodukt meines Promotionsprojekts. In meiner 2017 am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz abgeschlossenen Dissertation ging es um die Geschichte der Plünderung des deutschen Eigentums. Ich wollte die Frage beantworten, welchen Einfluss die illegale Übernahme des deutschen Eigentums auf den Wiederaufbau der gesellschaftlichen Ordnung nach dem Krieg in Ostmitteleuropa hatte. Gleich zu Beginn meines Projekts wurde jedoch klar, dass sich die Geschichte der illegalen Übernahme des deutschen Eigentums nicht schreiben lässt, wenn man die Geschichte seiner legalen Übernahme nicht versteht. Da der Forschungsstand zur Konfiskationsgeschichte jedoch ziemlich überschaubar war und die vergleichende, das heißt tschechoslowakisch-polnische, Perspektive in der transdisziplinären Eigentumsforschung kaum adressiert wurde, musste ich die Geschichte der Konfiskation selbst rekonstruieren. Das Ergebnis dieser Arbeit ist der Aufsatz, den ich während meiner kurzen, aber schönen Zeit am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden geschrieben habe.

Anstatt 8000 Wörter in einen zwanzigminütigen Vortrag zu pressen, um Sie durch das Dickicht der Politiken und Praktiken zu führen, aus denen der Konfiskationsprozess in der Tschechoslowakei und Polen bestand, beschränke ich mich hier auf drei zentrale Erkenntnisse mit Blick auf die Tschechoslowakei. Ich leite sie mit einigen allgemeineren Überlegungen zur Übernahme des deutschen Eigentums in Ostmitteleuropa um 1945 ein und schließe mit persönlichen Beobachtungen, die ich auf Archivreisen nach Prag, Liberec, Tachov, Polubný und in andere Orte in der Tschechischen Republik gemacht habe.

Deutsches Eigentum in Ostmitteleuropa um 1945

Bis zu 90 Prozent der Deutschen, die – verkürzt und somit nicht ganz korrekt – als Flüchtlinge und Vertriebene bezeichnet werden, hatten innerhalb der Grenzen des heutigen Polens und Tschechiens gelebt.[1] Bis zu 30 Prozent des Territoriums bei-

[1] Der Doppelbegriff „Flucht und Vertreibung" bezieht sich auf verschiedene Formen von

der Länder bestehen somit aus ehemals deutschen Gebieten. Es wird geschätzt, dass circa ein Drittel des gesamten Eigentums im Nachkriegspolen und in der Nachkriegstschechoslowakei konfisziert wurde: Dabei handelte es sich zum großen Teil um das Eigentum von Deutschen. Die Konfiskation des deutschen Vermögens war zugleich in beiden Ländern Teil groß angelegter Eigentumsverteilungen, in denen die Wiederherstellung des *status quo ante* mit radikalen Veränderungen einherging, denn große Mengen des von NS-Deutschland während des Krieges konfiszierten Eigentums wurden an tschechoslowakische und polnische Staatsbürger zurückgegeben (wobei sich die jüdischen Ansprüche in der Regel als weit weniger erfolgreich erwiesen als die ihrer nichtjüdischen Mitbürger). Gleichzeitig sorgte die neue politische Ökonomie für eine tiefgreifende Umgestaltung des sozioökonomischen Systems durch die Bodenreform, die Verstaatlichung der Industrie und die Einschränkung des Privatsektors.

Zugegeben, die Zahlen, die die Dimension dieser Prozesse dokumentieren könnten, sind umstritten und ein tschechoslowakisch-polnischer Vergleich lässt sich somit nur bedingt anstellen. In Bezug auf die Bodenreform steht jedoch außer Frage, dass die Konfiszierung deutschen Eigentums die Umverteilung von Grund und Boden wesentlich erleichtert, wenn nicht gar erst ermöglicht hat, da in beiden Ländern über 70 Prozent der umverteilten Flächen aus ehemals deutschem Besitz stammten. Dieses Beispiel zeigt, dass der tschechoslowakische und der polnische Staat durch die Übernahme des deutschen Eigentums (die übrigens ohne Entschädigung erfolgte) Kapital akkumulierten, das für die Umgestaltung der sozioökonomischen Struktur notwendig war.

Dennoch ist die in der Forschung verbreitete Behauptung, dass „Unmengen an Eigentum" „in die Hände des Staates" gefallen seien, eine grobe Vereinfachung oder bestenfalls eine wirkungsvolle Übertreibung. Ein genauerer Blick auf die Praktiken der Konfiskation zeigt, dass die Übernahme des deutschen Eigentums beide Staaten sehr viel Zeit und Energie kostete und nur teilweise gelang, was insgesamt deutlich macht, wie schwach und wackelig die (um im Bild zu bleiben) „Hände" beider Staaten in der Nachkriegszeit eigentlich waren – und zwar in Polen noch viel mehr als in der Tschechoslowakei.

In beiden Ländern wurde die Konfiszierung deutschen Eigentums von zwei weiteren Aneignungsprozessen begleitet. Zum einen wurden große Mengen deutschen Eigentums aus Ostmitteleuropa von der Roten Armee in die Sowjetunion abtransportiert – legal und illegal. Zum anderen wurde deutsches Eigentum massiv geplündert – von der einheimischen Bevölkerung, sprich polnischen, tschechischen und slowakischen Zivilisten, von marodierenden Soldaten und von *Displaced Persons*

Zwangsmigrationen der Deutschen aus den Ostprovinzen des Deutschen Reichs und dem östlichen Europa am Ende des Zweiten Weltkriegs und in den ersten Nachkriegsjahren: Evakuierung (1944/1945), Flucht (1944-1945), Vertreibung (Sommer 1945), Deportation (1944–1949) und Aussiedlung (1946-1949). Ungefähr die Hälfte der zwangsumgesiedelten Personen verlor ihre Heimat bereits vor Kriegsende. Die allermeisten Betroffenen waren Kinder, Frauen und alte Menschen. Ein Großteil von ihnen erlebte mehr als eine Form von Zwangsmigration.

aus ganz Europa. Wenn wir diese drei Prozesse, die weitgehend parallel verliefen und zum Teil miteinander verwoben waren, das heißt die Ausfuhr des deutschen Eigentums in die Sowjetunion, die verschiedenen Formen illegaler Übernahme von unten und die Konfiskation durch den Staat (sowie später: die Verteilung und den Verkauf) des deutschen Eigentums, zusammendenken, dann ergibt sich daraus eine komplexe Gemengelage, die aus legalen und illegalen Prozessen, aus geplanten und spontanen Handlungen sowie aus Aktivitäten bestand, an denen Individuen und Institutionen unterschiedlicher Provenienz beteiligt waren.

Die Bedingungen, unter denen die Übernahme des deutschen Eigentums durchgeführt wurde, waren dabei in Polen viel schwieriger als in der Tschechoslowakei. Während tschechoslowakische Behörden innerhalb der tschechoslowakischen Grenzen aus der Vorkriegszeit agierten, deren Wiederherstellung nach dem Krieg nicht in Frage gestellt wurde, agierten polnische Behörden am Anfang, das heißt seit März 1945, *de iure* im Ausland und *de facto* in ihnen unbekannten Gebieten, denn die Eingliederung der deutschen Ostprovinzen in das polnische Staatsgebiet (als Kompensation für die im Osten zugunsten der Sowjetunion verlorenen Gebiete) wurde erst auf der Potsdamer Konferenz Anfang August 1945 beschlossen. Für die tschechoslowakische Regierung war die Konfiszierung deutschen Eigentums somit eine innenpolitische Handlung; für die polnische Regierung hingegen ein Mittel, mit dem sie ihren Anspruch auf die Eingliederung der deutschen Gebiete zu untermauern versuchte.

Trotz dieser Unterschiede bestand die Konfiszierung deutschen Eigentums in beiden Ländern aus denselben drei Schritten: Zuerst schuf man den gesetzlichen Rahmen für die Konfiskation; das Eigentum wurde anschließend physisch gesichert; und zum Schluss musste die vorläufige Verwaltung, das heißt die Treuhand, konzipiert, umgesetzt und bis zur Neuordnung der Eigentumsverhältnisse kontrolliert werden. Das beispiellose Ausmaß der Konfiskation und die Notwendigkeit, sie so schnell wie möglich durchzuführen, stellten die Behörden in beiden Ländern vor enorme Herausforderungen. Einige Probleme waren jedoch hausgemacht und bilden typische Beispiele für das, was in den Wirtschaftswissenschaften als Kobra-Effekte bezeichnet wird.

Kobra-Effekte der Konfiskation

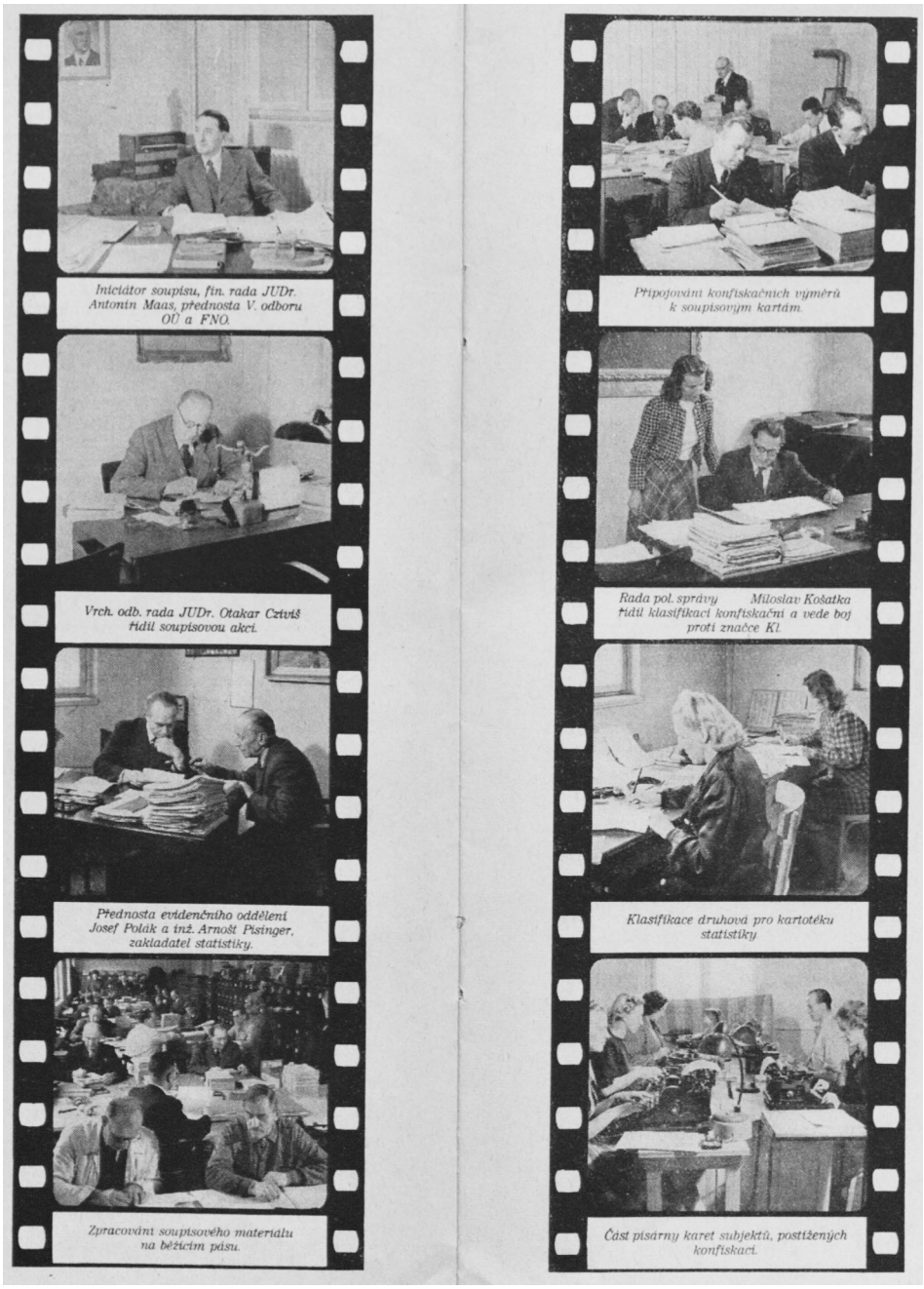
Als Kobra-Effekte beschreiben Wirtschaftswissenschaftler Maßnahmen, die zur Lösung eines Problems ergriffen werden, dieses aber in Wirklichkeit noch verschärfen. Die Bezeichnung selbst geht auf eine Geschichte aus Britisch-Indien zurück. Als Indien unter britischer Kolonialherrschaft stand, soll es in Neu-Delhi eine Kobraplage gegeben haben. Der britische Gouverneur wollte die giftigen Schlangen loswerden und griff zu einer ungewöhnlichen Maßnahme: Er setzte ein Kopfgeld auf Kobras aus. Jeder, der eine getötete Schlange vorweisen konnte, sollte eine Prämie erhalten. Die Idee erwies sich zunächst als äußerst erfolgreich und die Kobra-Population konnte reduziert werden. Doch bald stellte sich heraus, dass der Anreiz fehlgeleitet war, denn viele Menschen in Neu-Delhi witterten ein gutes Geschäft. Sie begannen, Kobras zu züchten, um sie dann zu töten und die Belohnung zu kassieren.

Als die Behörden das Programm stoppten, setzten viele Kobrazüchter die Schlangen wieder aus. Die Plage nahm ein verheerenderes Ausmaß an als je zuvor.

Auch der Konfiskationsprozess in der Tschechoslowakei und Polen war von einer Reihe von Kobra-Effekten geprägt. Ich gebe drei Beispiele aus der Tschechoslowakei. Schon wenige Monate nach Kriegsende wurden Partnerschaften zwischen Kreisen in den einst deutschen Gebieten und im Landesinneren etabliert – mit dem Ziel, den Besiedlungsprozess und die Sicherung des deutschen Eigentums zu beschleunigen. Wie sich jedoch bald herausstellen sollte, förderten die Partnerschaftsabkommen nicht nur die Besiedlung, sondern begünstigten auch die Plünderung und illegale Ausfuhr des konfiszierten Eigentums.

Ein weiteres Problem lag in den Institutionen, die mit der Konfiskation des deutschen Eigentums betraut waren. Die tschechoslowakische Regierung ging zunächst davon aus, dass die Inventarisierung des deutschen Eigentums am schnellsten und effektivsten von den lokalen Verwaltungen durchgeführt werden könnte. Das Scheitern dieses auf Subsidiarität beruhenden Ansatzes zwang die Regierung zu einer Top-down-Lösung, das heißt zum Aufbau einer hochkomplexen bürokratischen Struktur in Prag, die Daten über die von den Deutschen zurückgelassenen Immobilien und Mobilien erfassen bzw. kontrollieren sollte. Nach langer Suche wurde der Nationale Erneuerungsfonds (Fond národní obnovy) in der Invalidovna untergebracht, einem großen Barockgebäude in Prag-Karlín, das in den 1730er Jahren nach dem Vorbild des Pariser Hôtel des Invalides zur Unterbringung von Kriegsinvaliden errichtet worden war. Eine Fotoreportage, die 1948 in der Zeitschrift Osídlování veröffentlicht wurde, dokumentiert die sukzessive Bearbeitung der 1,5 Millionen Karteikarten mit den Grunddaten des konfiszierten Eigentums, die von rund 1 000 Mitarbeitern, den *sepisovače*, in fast 12 000 Ortschaften gesammelt wurden. Der beispiellose Umfang dieser Bestandsaufnahme erforderte einen innovativen Ansatz bei der Datenverarbeitung. Ein Beamter des Nationalen Erneuerungsfonds verglich die bürokratische Maschinerie mit einem „Fließband". Die Zuverlässigkeit und Nützlichkeit der auf diese Weise gesammelten Daten blieb jedoch begrenzt, da die Inventur erst im Winter 1946/47 durchgeführt wurde. Der begrenzte Erfolg der Inventur war einer der vielen Gründe, warum trotz des enormen bürokratischen Aufwands der Gesamtwert des konfiszierten Vermögens nie ermittelt wurde.

Das perverseste Ergebnis einer guten Absicht betrifft jedoch die Treuhandverwaltung des deutschen Vermögens (und damit komme ich zum dritten meiner Beispiele). Um das deutsche Vermögen in der Zeit zwischen der Konfiskation und der endgültigen Übertragung der Eigentumstitel zu schützen, beschlossen die tschechoslowakischen Behörden, kommissarische Verwalter einzusetzen. Die langwierige Übertragung der Eigentumstitel hatte jedoch destruktive soziale und wirtschaftliche Folgen. Schnell entstand ein Teufelskreis. Die Ungewissheit über ihre Zukunftsaussichten demotivierte viele Treuhänder oder verleitete sie sogar zum Missbrauch. Schlecht verwaltete Güter warfen weniger Gewinn ab und waren anfälliger für Diebstahl. Wissen und Gerüchte über Unregelmäßigkeiten – welchen Ursprungs auch immer – verbreiteten sich rasant, so dass die Treuhand in der gesellschaftlichen Wahrnehmung schnell zum Synonym für Gier und Korruption wurde und die ehemals deutschen Gebiete insgesamt mit dem Schlaraffenland assoziiert wurden.



Polák, Josef: „Zpracování soupisového materiálu na běžícím pásu“ [Verarbeitung des Materials der Bestandsaufnahme am Fließband]. In: Osídlování, 10. Juli 1948, 190-194, hier 190-193.

Damit wurde nicht nur die Autorität der staatlichen Behörden untergraben, sondern auch der für den Wiederaufbau nach dem Krieg zentrale Zusammenhang von Wohlstand und Arbeit.

Der Geschmack tschechischer Archive

Dennoch hatte der enorme bürokratische Aufwand, der in der Nachkriegstschechoslowakei in die Erfassung und Verwaltung des deutschen Eigentums investiert wurde, seine Vorteile: Er macht die Archivarbeit zur unmittelbaren Nachkriegsgeschichte in Ostmitteleuropa zu einer Luxuserfahrung. In den Beständen der tschechischen Regional- und Kommunalarchive finden sich nämlich unzählige Akten, die die Nachkriegsgeschichte einzelner deutscher Firmen, Handwerksbetriebe und Geschäfte dokumentieren. Davon kann man in Polen nur träumen, wo die Übernahme des deutschen Eigentums von den polnischen Behörden entweder kaum dokumentiert wurde oder die Quellen dazu nicht erhalten geblieben sind. Selbst die Tätigkeit der Treuhand – auf welcher Ebene auch immer – lässt sich archivalisch kaum erschließen.

Nach den nicht immer ergiebigen Wochen, die ich in polnischen Archiven verbracht hatte, hat die Arbeit mit tschechischen Quellen zur Konfiskationsgeschichte meine historische Imagination regelrecht beflügelt. Sie gab mir die Möglichkeit, mir vorzustellen, wie die einzelnen Etappen der Konfiskation in Polen verlaufen sein könnten, meine Fragen an die spärliche polnische Überlieferung zu schärfen und einige der vielen Lücken durch fundierte Vermutungen zu füllen.

Die Arbeit mit tschechoslowakischen Archivalien hat mich jedoch nicht nur in eine bekennende Komparatistin verwandelt, sondern auch zum Nachdenken über den Stand der historisch-vergleichenden Forschung zur Geschichte Ostmitteleuropas angeregt. Warum gibt es kaum vergleichende Studien zur Geschichte einst deutscher Gebiete in der Tschechoslowakei und Polen? Kaum vergleichende Studien zur Geschichte von Flucht und Vertreibung? Bis Ende der 1980er Jahre war die Beschäftigung mit diesen Themen in beiden Ländern aus politischen Gründen bekanntlich schwierig. In den letzten Jahren liegt die Ursache dafür möglicherweise darin, dass es in Tschechien kaum Zeithistoriker:innen mit Polnischkenntnissen und in Polen kaum Zeithistoriker:innen mit Tschechischkenntnissen gibt. Schaue ich auf meine Co-Preisträgerin und andere Kolleg:innen an deutschen Universitäten, die transregional arbeiten, dann gewinne ich sogar den Eindruck, dass es in Deutschland möglicherweise mehr Expertise für die ostmitteleuropäische Geschichte im polnisch-tschechisch-slowakischen Dreieck gibt, als in diesen drei Ländern zusammen genommen.

Vor diesem Hintergrund freut es mich als Bohemistin polnischer Herkunft umso mehr, dass meine vergleichende Forschung zur tschechoslowakischen und polnischen Zeitgeschichte wahrgenommen und gewürdigt wurde. Herzlichen Dank für den Aufsatzpreis des Collegium Carolinum!